

de die VRCh sei ein besonders „gutes Beispiel für die positiven Auswirkungen der Globalisierung“, betonte Lee (XNA, 15.6.00). John Malcolm Fraser, der frühere australische Ministerpräsident, wies darauf hin, dass sich die VR China auch bei der Abwehr der Asienkrise (1997ff.) vorbildhaft geschlagen habe (XNA, 15.6.00).

Ministerpräsident Zhu Rongji brachte ähnliche Zahlen wie Lee Kuan Yew: Von 1979 bis 1998 sei die chinesische Volkswirtschaft durchschnittlich um 9,7% gewachsen – Weltrekord! Nach 14 Jahren Verhandlung stehe China kurz vor dem WTO-Beitritt (XNA, 17.6.00).

Bei der Konferenz wurden, vor allem von chinesischer Seite, auch immer wieder Mahnungen zu einem erhöhten Beitrag der fortgeschrittenen Wirtschaftsmächte ausgesprochen. Hoch entwickelte Länder seien verpflichtet, den Entwicklungsländern zu helfen (XNA, 17.6.00). Zwar habe sich der Beitrag der Entwicklungsländer zum Außenhandel von 12% im Jahre 1970 auf 20% im Jahre 1998 erhöht – dank der Handelsglobalisierung. Doch gebe es hier immer noch ein Missverhältnis zwischen Bevölkerungszahl und Handelsvolumen (XNA, 15.6.00).

Der Stellvertretende Vorsitzende des Konsultativausschusses, Chen Jinhua, wies auf die Ambivalenz der WTO hin: Sie schaffe zwar einerseits gewaltige Möglichkeiten für einen erhöhten Kapital-, Technologie-, Güter- und Arbeitsfluss, bringe aber auch die Gefahr von Einmischung in innere Angelegenheiten anderer Länder mit sich (XNA, 15.6.00).

Im Anschluss an die Konferenz brachte die VR China am 28. Juni 2000 auf einer Sondertagung der UNO über gesellschaftliche Entwicklungen in Genf einen Vier-Punkte-Vorschlag ein: (1) Grundvoraussetzung für jede soziale Verbesserung seien „Friede und Entwicklung“ – eine Forderung aus Deng Xiaopings Vermächtnis! (2) Aller Globalisierung zum Trotz müsse jedes Land die Möglichkeit der Unabhängigkeit und der Freiheit von Einmischungen genießen. Die Verschiedenheit in der Welt sei zu respektieren – also „kein Ende der Geschichte“! (3) Wirtschaftliche Globalisierung setze eine „faire und vernünftige Neue Ökonomische Ordnung“ voraus, bei

der, unter Mitbeteiligung der Entwicklungsländer, die „Spielregeln“ ebenfalls neu festgelegt werden müssten. (4) Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung bleibe die zentrale Aufgabe der Entwicklungsländer. Vor allem müssten dort Armut und Arbeitslosigkeit bekämpft werden. Der Schlüssel hierfür liege in der wirtschaftlichen Entwicklung. Gesellschaftlicher Fortschritt andererseits könne dafür sorgen, dass auch die ökonomischen und die ökologischen Rahmenbedingungen für ein anhaltendes wirtschaftliches Wachstum verbessert würden (XNA, 29.6.00). Die Einhaltung der „Copenhagen Declaration and Programme of Action“, die 1995 bei der Weltgipfelkonferenz für Soziale Entwicklung beschlossen wurde, sei bisher in der Praxis leider bei weitem nicht eingelöst worden (XNA, 29.6.00)! -we-

8 Kopfzerbrechen mit dem Internet: eine Konferenz in Shanghai

Fast gleichzeitig mit der Beijinger Globalisierungskonferenz hatte in Shanghai (vom 5. bis 6. Juni) ein „Asia-Pacific Regional Forum on Urban Information“ stattgefunden, das über Fragen wie Informationsindustrie, Anwendung von Informationstechnologie sowie über den Austausch und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet zwischenstädtischer Information diskutierte. Am 6. Juni wurde ein „Shanghai Manifesto“ unterzeichnet, in dem der Informationsaustausch als ein von der Wirtschaftsglobalisierung untrennbarer Prozess bezeichnet wurde, der künftig Handel, Investitionen und Technologietransfer aufs Stärkste beeinflussen (XNA, 6., 7.6.00). Dem Thema „Internet“ sei einfach nicht auszuweichen! Seit 1996 sind daher immer wieder gesetzliche Bestimmungen notwendig geworden (zur Erstfassung der „Vorläufigen Bestimmungen über die Kontrolle Internationaler Datennetze“ vgl. C.a., 1996/2, Ü 15). Am meisten Kopfzerbrechen bereitet hier immer wieder die Kontrolle. Zuständig war hier zunächst die „Führungsgruppe des Staatsrats für Wirtschaftsinformation“. Mit der Novellierung von 1997 ging das Kontrollrecht jedoch auf die „Führungsgruppe des Staatsrats für Informationstechnologie“ (*guowuyuan xinxihua gongzuo*

lingdao xiaozu) über, an deren Spitze kein Geringerer als Politbüromitglied Zou Jiahua steht. Die Gruppe ist einerseits für Entwicklung, Planung und Koordinierung der Informationstechnologie im Zeitraum des 9. Fünfjahresplans (1996-2000) zuständig, soll gleichzeitig aber auch Kontrollaufgaben erfüllen – und vor allem allzu viele unerwünschte westliche Einflüsse fernhalten – ein Kampf gegen die Hydra!

Das Internet ist in China seit Juni 1995 für die Öffentlichkeit zugänglich, der Zugang freilich wird streng kontrolliert. Zwei allgemeine und vier Sondernetze stehen zur Verfügung, nämlich einerseits das vom Postministerium betriebene „Chinanet“ und das vom Ministerium für Elektronikindustrie betriebene „GBnet“ (Golden Bridge Network). Zusätzlich gibt es vier Spezialnetze, darunter für die Akademie der Wissenschaften und die Akademie der Sozialwissenschaften (vgl. hierzu C.a., 1997/5, Ü 17). -we-

Innenpolitik

9 Reorganisation des Medien- und Propagandaapparats der Partei

Im Medien- und Propagandaapparat der Partei wurden seit Ende Juni mehrere personelle und organisatorische Veränderungen vorgenommen. Wie Hongkonger Quellen berichten, handelt es sich um den Beginn einer geplanten weit reichenden Restrukturierung dieses wichtigen Elements parteistaatlicher Kontrolle, mit dem die Parteileitung auf wahrgenommene Herausforderungen im ideologischen Bereich reagiert.

So wurden Ende Juni die folgenden personellen Umbesetzungen in fünf zentralen Medien- und Propagandaorganisationen bekannt:

- Neuer Direktor des Verlags der Volkszeitung (*Renmin Ribao*), des offiziellen Organs der KPCh, wurde Bai Keming, der frühere stellvertretende Leiter der Propagandaabteilung des ZK der Partei (*Zhonggong zhongyang*

xuanchuanbu); er löste Shao Huaze ab.

- Neuer Vorsitzender der unter dem Staatsrat angeordneten offiziellen Nachrichtenagentur Xinhua wurde Tian Congming, seit 1998 Direktor der staatlichen Verwaltungsbehörde für Radio, Film und Fernsehen. Er löste Guo Chaoren ab, der Mitte Juni verstorben war.
- An die Stelle von Tian Congming rückte Xu Guangchun als neuer Direktor der staatlichen Verwaltungsbehörde für Radio, Film und Fernsehen.
- Wang Chen, ehemaliger Chefredakteur der *Guangming Daily* (*Guangming Ribao*), einem weiteren sich an Intellektuellenkreise richtenden Parteiorgan, wurde zum stellvertretenden Leiter der Propagandaabteilung des ZK der Partei ernannt.
- Für ihn rückte der bisherige stellvertretende Chefredakteur der *Guangming Daily*, Yuan Zhifa, in das Amt des Chefredakteurs nach (SCMP, 1.7.00).

Wie die Hongkonger Monatszeitschrift *Zhengming* aus informierten Kreisen erfahren haben will, ist ferner von Hu Jintao, dem stellvertretenden Staatspräsidenten, Leiter der Parteischule und designierten Nachfolger Jiang Zemin im Amt des Parteigeneralsekretärs, auf einer Sitzung des ZK-Sekretariats am 13. Juli die Einrichtung einer „Führungsgruppe für die Arbeit in den Bereichen Propaganda, Presse, Radio und Fernsehen sowie Verlagswesen unter dem ZK der Partei“ (*Zhonggong zhongyang xuanchuan, xinwen, guangbo dianshi, chubanshichu lingdao xiaozu*) angekündigt worden. Die neue Führungsgruppe soll von Wei Jianxing, dem Chef der Disziplinungskontrollkommission der Partei geleitet werden; zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden der Leiter der Propagandaabteilung des ZK der Partei, Ding Guangen, und der Leiter der Organisationsabteilung des ZK der Partei, Zeng Qinghong, ernannt. Als weitere Mitglieder nennt die Quelle Wang Zhongye, Zheng Bijian, Chen Zhili, Dai Zhou, Liu Yunshan, Xu

Caihou, Wang Gang und Sheng Wensheng (*Zhengming*, 2000/8, S.7-9).

Wie Hu Jintao außerdem angekündigt haben soll, ist ein umfassendes Revirement des Medien- und Propagandaapparats in landesweitem Maßstab vorgesehen. Im Mittelpunkt soll die Erneuerung der Führungsgremien stehen. So sei geplant, vor Ende dieses Jahres die bereits begonnene personelle Erneuerung auf zentraler Ebene abzuschließen; auf Provinz- (und ministerieller) Ebene solle das Revirement im Oktober dieses Jahres beginnen und im Juni 2001 abgeschlossen werden; auf Bezirks-(und Abteilungs-) Ebene wurde der Beginn der Maßnahmen auf Januar 2001, das Ende ebenfalls auf Juni 2001 festgelegt. Im Zuge des Revirements soll außerdem die fachliche Qualifikation des Medien- und Propagandapersonals angehoben werden und eine Ausrichtung der ideologischen und politischen Arbeit erfolgen (ebenda).

Sofern diese Meldungen stimmen, zeichnet sich hier eine einschneidende Reorganisation des Medien- und Propagandaapparats ab. Zwar ist es zu früh, um den Einfluss der personellen Neubesetzungen auf die Propagandaarbeit der Partei im Einzelnen abschätzen zu können. Jedoch spricht allein der Umstand, dass bis in die unteren Verwaltungsebenen reichende Restrukturierungsmaßnahmen - einschließlich des dadurch entstehenden psychologischen Drucks - vorgenommen werden, für eine grundlegende Revitalisierung dieses Bereichs. Als noch signifikanter aber ist die Tatsache zu bewerten, dass mit der Einrichtung einer neuen Führungsgruppe des ZK der Partei ein der Propagandaabteilung im Rang übergeordnetes Gremium entstehen soll. Die über Jahrzehnte hinweg eingespielte Routine des Propagandaapparats, der traditionell ein Standbein parteistaatlicher Kontrolle dargestellt und seine Kontrollkapazitäten auch im Zuge der wirtschaftlichen Liberalisierung seit den achtziger Jahren im Wesentlichen beibehalten hat, könnte damit erschüttert werden.

Signalisiert die Einrichtung von ZK-Führungsgruppen generell die Aufwertung des betreffenden Politikbereichs zu einem Schwerpunkt der Parteiarbeit, so könnte es sich in diesem Fall

um die Vorbereitung für eine substanzielle Neuausrichtung der parteipolitischen Arbeit handeln. Die Häufung ideologischer Kampagnen - so die Kampagne zur „Erziehung in den ‚Drei Betonungen‘“ und die Kampagne der „Drei Repräsentationen“ - bestätigen diesen Trend. Ebenso tut dies eine Serie von Restrukturierungsmaßnahmen im Presse-, Verlagswesen und im Internet in der jüngeren Vergangenheit, so zuletzt die Disziplinierung von zwölf Buch- und Zeitungsverlagen wegen Übertretung verschiedener Regeln medienpolitischer Korrektheit, die durch ein parteiinternes Dokument vom Juni etabliert worden sein sollen (Verletzung der vier Grundprinzipien der Partei oder wichtiger politischer Leitlinien von Partei und Regierung, Pornographie, Verbreitung von Militär- und Staatsgeheimnissen, Gefährdung der sozialen Stabilität, Verletzung der ethnischen Minderheitenpolitik der Zentrale), oder die Schließung von politischen Diskussionsforen im Internet (C.a., 1999/10, Ü 8, 2000/4, Ü 14; SCMP, 17.7.00; *Ping Kuo Jih Pao*, 23.7.00, nach SWB, 26.7.00; vgl. auch C.a., 2000/1, Ü 9).

Als konkrete ideologische Herausforderungen werden in einschlägigen offiziellen Reden und Dokumenten regelmäßig die „anti-wissenschaftlichen“ Aktivitäten des Falungong-„Kultes“, der Einfluss subversiver politischer Kräfte des westlichen Auslands sowie die gesellschaftlichen Pluralisierungserscheinungen im Zuge der außenwirtschaftlichen Öffnung und des wachsenden Zugangs zu internationalen elektronischen Medien genannt. Angesichts des bevorstehenden WTO-Beitritts wird offensichtlich eine beträchtliche Verstärkung dieser Tendenzen erwartet. Parteichef Jiang Zemin betont inzwischen notorisch, dass „Leben und Tod“ der Kommunistischen Partei Chinas davon abhängen würden, ob es gelänge, parallel zur wirtschaftlichen Entwicklung des Landes, den ideologischen Zusammenhalt und „Enthusiasmus“ von Partei und Gesellschaft zu sichern. Der ideologischen und politischen Arbeit der Partei sei daher höchste Priorität einzuräumen (vgl. C.a., 1999/11, Ü 13).

Es ist denkbar, dass außerdem ein konkretes machtpolitisches Motiv im Hintergrund der Reorganisation des Propagandaapparates eine Rolle spiel-

te, nämlich die politische Degradierung der ZK-Propagandaabteilung unter Ding Guangen. Zwar bleibt ihre formale Stellung unangetastet, jedoch impliziert die Bildung einer ZK-Führungsgruppe, dass ihr hier in Gestalt des neuen Gremiums unter der Leitung Wei Jianxings eine Instanz übergeordnet wird. Die Propagandaabteilung war im Zusammenhang mit der Falungong-Bewegung unter Verdacht geraten, der Ausbreitung dieser Bewegung und der Eskalation des politischen Konflikts durch eine allzu leniente Haltung gegenüber Liberalisierungs- und anderen ungesunden Tendenzen und durch eine zu laxen medienpolitische Kontrolle Vorschub geleistet zu haben (vgl. C.a., 2000/2, S.145-146). Laut der Hongkonger Zeitschrift *Zhengming* sollen Jiang Zemin und Hu Jintao beanstandet haben, dass die Propagandaabteilung unter Dings Leitung unter dem Vorwand der Öffnung und des internationalen Austausches, der Entfaltung von Kreativität, einer offenen und lebendigen Medienberichterstattung sowie ökonomischer Profitkalküle, zu einem Hort der „bürgerlichen Liberalisierung“ verkommen sei. Diesen Tendenzen müsse Einhalt geboten werden, wolle man die Stabilität der Parteiherrschaft nicht gefährden (ZM, 2000/8, S.7-9). -hol-

10 Häufung schwerwiegender Fälle von offizieller Korruption, Verhängung schwerer Strafen

Im Juli häuften sich Meldungen über schwere Korruptionsfälle in zahlreichen Provinzen Chinas, in die hochrangige Angehörige von Militär, Partei und Regierung verwickelt sind (vgl. auch Beitrag im hinteren Teil dieses Heftes). Schlagzeilen machten vor allem die folgenden Fälle:

- Der ehemalige stellvertretende Vorsitzende des NVK, Cheng Kejie, der im April dieses Jahres aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden war, wurde am 31. Juli zum Tode verurteilt. Er war für schuldig befunden worden, in seiner Funktion als Vorsitzender der Autonomen Region Guangxi in den Jahren 1992 bis 1998 rund 40 Mio. Yuan

an Bestechungsgeldern und illegalen Profiten erworben zu haben. Damit ist Cheng Kejie der höchstrangige Regierungsvertreter in der Geschichte der Volksrepublik, der wegen Korruption das Todesurteil erhielt (IHT, 1.8.00; vgl. C.a., 2000/4, Ü 12).

- Generalmajor Ji Shengde, der frühere Leiter des Geheimdienstes der Volksbefreiungsarmee, ist den Strafverfolgern der Zentralen Militärkommission der Partei überantwortet worden, nachdem die armeerinterne Aufklärung abgeschlossen wurde. Ji Shengde steht im Verdacht, über 100 Mio. Yuan an illegalen Geldern erworben zu haben, darunter 30 Mio. Yuan im Zusammenhang mit dem berüchtigten Schmuggelskandal von Xiamen (vgl. C.a., 2000/1, Ü 7, 2000/2, Ü 13). Der Generalmajor war im Zusammenhang mit dem US-amerikanischen Wahlkampfskandal im Juni 1999 von seinem Amt als Leiter des Geheimdienstes entlassen worden. Aufsehen hatte die Tatsache erregt, dass die offiziellen Medien, die sich üblicherweise mit negativen Berichterstattungen über hochrangige Funktionäre zurückhielten, über diesen Fall relativ detailliert berichteten (*Jingji Cankao*, 7.7.00, nach IHT, 19.7.00; SCMP, 18.7.00).
- In der Sonderwirtschaftszone Shenzhen, Provinz Guangdong, untersuchen Inspekture der Disziplinarkontrollkommission einen Fall offizieller Korruption, in den der frühere stellvertretende Bürgermeister und stellvertretende Vorsitzende des Volkskongresses der Stadt, Wang Ju, sowie mindestens zwei weitere Angehörige der lokalen Landverwaltungsbehörde verwickelt sein sollen. Wang Ju steht unter Verdacht, mehr als 100 Mio. Yuan an illegalen Geldern erworben zu haben. Insgesamt sollen mehrere Dutzend offizielle Vertreter in den Fall involviert sein; die Schadenssumme wird auf mehrere Milliarden Yuan geschätzt. Inzwischen wurde dem gesamten Führungspersonal der Stadtregierung untersagt, Shenzhen

zu verlassen (*Ming Pao*, 12., 23.7.00, nach SWB, 18., 27.7.00; SCMP, 13., 28.7.00).

- In der Provinz Fujian wurde der Abgeordnete des Volkskongresses der Provinz, Xie Yongwu, von seinem Amt enthoben, nachdem er unter Verdacht geraten ist, in Schmuggelaktivitäten involviert zu sein. Sein Fall wird von der Disziplinarkontrollkommission der Partei untersucht (SCMP, 10.7.00).
- In der Provinz Zhejiang wurde der frühere Parteisekretär der Stadt Ningbo, Xu Yunhong, verhaftet und aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen; er ist angeklagt, rund 250.000 Yuan und 25.000 USD an Bestechungsgeldern angenommen und einen Verlust von 1,1 Mrd. Yuan an öffentlichen Geldern verursacht zu haben (SCMP, 12.7.00). In Hangzhou wurde der ehemalige Zollbeamte Geng Yongxiang zum Tode verurteilt, nachdem er für schuldig befunden worden war, über 40.000 USD und 150.000 Yuan an Bestechungsgeldern angenommen zu haben (XNA, 20.7.00).
- In der Provinz Hebei untersuchen Inspekture der Disziplinarkontrollkommission einen Fall von Wirtschaftskriminalität, in den Dutzende von offiziellen Vertretern verwickelt sein sollen, unter ihnen der Leiter der Steuerbehörde der Provinz, Li Zhen. Die Schadenssumme der Korruptionsdelikte, die Bestechung, Steuerhinterziehung und Geldwäsche umfassen, wird auf über 10 Mrd. Yuan geschätzt (SCMP, 18.7.00).
- In der Provinz Sichuan stehen zwei Angehörige der Verkehrsbehörde der Provinz wegen Korruption vor Gericht. Der ehemalige Direktor der Behörde, Liu Zhongshan, ist angeklagt, 4 Mio. Yuan an öffentlichen Mitteln veruntreut und 60.000 Yuan an Bestechungsgeldern angenommen zu haben; sein früherer Stellvertreter Zheng Daofang ist angeklagt, 6,21 Mio. Yuan

und 100.000 USD an Bestechungsgeldern angenommen zu haben (XNA, 26.7.00).

Die Häufung schwerwiegender Korruptionsfälle spiegelt sich auch in offiziellen Statistiken. So legte die Oberste Volksstaatsanwaltschaft im Juli Zahlen vor, wonach im ersten Halbjahr 2000 insgesamt 908 schwere Fälle von Korruption und Amtsmissbrauch untersucht worden seien; gegenüber der gleichen Periode im vergangenen Jahr bedeute dies einen Anstieg von 50%. Die Zahl von Fällen, in die Beamte administrativer Ausführungsbehörden wie Zoll- und Steuerbeamte verwickelt seien, habe um fast 100% zugenommen (XNA, 22.7.00). Als Signal einer strikteren Korruptionsbekämpfung wurde das seit zwanzig Jahren bestehende „Untersuchungsbüro für Rechts- und Disziplinarangelegenheiten“ (*faji jianchating*) der Obersten Volksstaatsanwaltschaft in „Untersuchungsbüro für Amtsdelikte und Machtmissbrauch“ (*dazhi qinquan jianchating*) umbenannt. Das Büro soll sich künftig noch intensiver der Aufdeckung offizieller Korruptionsfälle von der Kreisebene an aufwärts widmen (*Fazhi Ribao*, 22.7.00).

Bemerkenswerterweise wurden die Medien von einem Vertreter der Disziplinarkontrollkommission der Partei explizit dafür gelobt, dass sie in der Aufklärung von Korruptionsfällen eine unverzichtbare Rolle spielten. Auch in der Zukunft sollten sie nicht davor zurückscheuen, offizielles Fehlverhalten schonungslos aufzudecken (SCMP, 29.7.00). Gerade auf lokaler Ebene ist bekannt, dass sich Journalisten im Regelfall aus Furcht vor Repressalien nur schwer dazu entschließen können, über Korruptionsfälle zu berichten, in die hochrangige Funktionäre involviert sind.

Als didaktisches Lehrstück kam im Juli landesweit der Film „Entscheidung auf Leben und Tod“ (*Sheng si juece*) in die Kinos, der das Thema der offiziellen Korruption aufgreift. In der Gestalt des städtischen Bürgermeisters Li wird hier die Fabel eines aufrichtigen Beamten entworfen, der allen möglichen Verlockungen erfolgreich widersteht und unter Aufopferung seines Familienlebens - so wandert auch seine eigene Frau ins Gefängnis - der Korruption in seiner

Stadt ein Ende setzt. Der Film wurde von zahlreichen Diskussionsrunden im staatlichen Fernsehen begleitet und ist zum Pflichtprogramm für viele Betriebe erklärt worden (FT, 22./23.7.00). -hol-

11 Proteste zum Jahrestag des Falungong-Verbots

Im Vorfeld des ersten Jahrestags des offiziellen Verbots der Falungong-Bewegung in China am 22. Juli 1999 (vgl. C.a., 1999/7, Ü 15) sowie am Jahrestag selbst haben wiederum zahlreiche Falungong-Anhänger auf dem Tiananmen-Platz in Beijing gegen die staatlichen Repressalien protestiert.

Da der Platz mit Sicherheitskräften dicht besetzt war, wurden die Protestierenden gemäß einer seit Monaten eingespielten Routine jeweils in Sekundenschnelle festgenommen und in Polizeiwagen abtransportiert, sodass die Protestaktionen nur den jeweils unmittelbar Umstehenden zu Kenntnis kamen. Angaben über die Zahlen festgenommener Personen schwanken zwischen einigen Dutzend und zweihundert pro Tag in den Tagen zwischen dem 18. und dem 22. Juli; eine Hongkonger Quelle sprach von einer durchschnittlichen Geschwindigkeit von zehn Festnahmen in der Stunde. Die Proteste fanden in der internationalen Presse weite Beachtung (Hong Kong Information Centre for Human Rights and Democratic Movement in China, 13.7.00, nach SWB, 17.7.00; SCMP, 19., 20., 21., 22., 23., 24.7.00; AWSJ, 20.7.00; IHT, 21., 22./23., 24.7.00).

Von den USA aus waren Falungong-Anhänger in China ermuntert worden, in ihren Protesten nicht nachzugeben und keine Opfer zu scheuen. Li Hongzhi, der Gründer und „Meister“ der Falungong-Bewegung, hatte in den vorausgehenden Wochen auf der offiziellen Falungong-Website im Internet gemahnt, im Praktizieren der Meditationsübungen nicht nachzulassen; auch hatte er verkündet, dass die „gemeinen und bösen“ Elemente, die sich den Praktizierenden in den Weg stellten, bald ausgelöscht und Vergeltung erfahren würden. Li soll die gegen Falungong gerichteten staatlichen Repressalien mit Universitäts-Aufnahmeprüfungen verglichen haben

(www.falundafa.org; SCMP, 18.7.00; IHT, 21.7.00). Ferner war in den USA ein Rundfunksender eingerichtet worden, der ab dem 1. Juli in China allabendlich ein einstündiges Programm zur Aufklärung über das wahre Wesen der Falungong-Bewegung ausstrahlen sollte. Bereits am 2. Juli aber wurde der Sender gestört und konnte nur noch in sehr begrenztem Umfang empfangen werden (Hong Kong Information Centre for Human Rights and Democratic Movement in China, 29.6., 6.7.00, nach SWB, 1., 10.7.00; SCMP, 6.7.00).

Die offiziellen chinesischen Medien berichteten explizit nicht von den Protesten, erwähnten allerdings Li Hongzhis Stellungnahmen im Internet. Ab dem 17. Juli schaltete das Parteiorgan der *Volkszeitung* eine Reihe von Leitkommentaren, in denen Li Hongzhi als „Lakai“ feindlicher westlicher Kräfte dargestellt wurde, der zunehmend verzweifelte Schritte gegen China unternahme. Man habe inzwischen zwar „entscheidende Siege“ über den Falungong-„Kult“ errungen, jedoch stünde angesichts der Unbeugsamkeit Li Hongzhis und seiner Anhänger noch ein langer, verwickelter und komplizierter Kampf bevor (RMRB, 17., 20., 22.7.00). Die offizielle Presse trug außerdem eine Reportage über eine Wissenschaftlerin an der University of California, Los Angeles, bei, die angeblich das über die Falungong-Bewegung verhängte Verbot der chinesischen Regierung unterstütze. Sie habe auf einer Diskussionsrunde im chinesischen Konsulat von Los Angeles die Auffassung vertreten, dass Falungong tatsächlich einen schädlichen Einfluss auf die Familien von Anhängern ausübe. Unter den gegebenen Umständen hätte die Führung keine andere Wahl, als die Organisation zu zerschlagen (XNA, 22.7.00, nach SWB, 24.7.00).

Hinter dem chinesischen Namen Paiqi La'en verbirgt sich die amerikanische Wissenschaftlerin Patsy Rahn, die in der seit letzten Jahr im Internet geführten internationalen akademischen Debatte über die Falungong-Bewegung wiederholt davor gewarnt hat, die Bewertung von Falungong als harmlose Meditationsbewegung, wie sie von Falungong selbst und zahlreichen Menschenrechtsgruppen vertreten wird, unhinterfragt zu überneh-

men. Es sei nicht angemessen, aus einer gewohnt kritischen Haltung gegenüber der chinesischen Regierung heraus zu unterstellen, dass diese willkürliche Repressalien gegen eine unschuldige gesellschaftliche Gruppe ergriffen habe (vgl. die Beiträge von Patsy Rahn auf der Website H-Asia, <http://www.h-net.msu.edu/lists>).

Inzwischen wurden landesweit weitere Falungong-Anhänger verhaftet und mehrere Personen zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Die Zahl der in Polizeigewahrsam auf Grund von Misshandlungen und Hungerstreiks verstorbenen Anhänger soll zu Ende des Monats Juli auf eine Zahl von 26 angewachsen sein (Hong Kong Information Centre for Human Rights and Democratic Movement in China, 28.6., 14., 19., 26.7.00, nach SWB, 1., 17., 21., 29.7.00; *Renmin Gong'an Bao*, 25.7.00, nach SWB, 27.7.00; SCMP, 27., 28.7.00).

In Hongkonger Quellen waren ferner Berichte zu finden, wonach der staatliche chinesische Sicherheitsapparat zu Infiltrationstechniken gegriffen habe, um Falungong-Organisationen im In- und Ausland von innen heraus zu zerstören. Die gewählte Taktik der „Implodion“ bestehe darin, Geheimagenten in die betreffenden Organisationen zu schmuggeln, um deren Teilnehmer zu gewaltsamen Ausschreitungen zu provozieren und so ein hartes Durchgreifen der Sicherheitskräfte zu legitimieren. Von Seiten des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit sei durchgedrungen, dass man erwäge, in naher Zukunft von der bisherigen lenienten Taktik der „Überzeugung und Erziehung“ im Umgang mit Falungong-Anhängern abzugehen und stattdessen eine härtere Gangart zu wählen, nachdem sich die Protestierenden zunehmend aggressiv verhielten (Hong Kong iMail (Internetausgabe), 4.7.00; *Sing Tao Jih Pao*, 22.7.00, nach SWB, 24.7.00).

Unterdessen hat sich in Hongkong ein obskurer Fall ereignet, der die bisherige liberale Politik gegenüber Falungong-Protesten der Regierung der Sonderverwaltungsregion vor eine schwierige Situation gestellt hat. Einer schwangeren Festlandchinesin, die sich mit legaler Arbeitserlaubnis in den USA aufgehalten hatte, wurde im Mai bei ihrer Rückkehr nach Hong-

kong, von wo aus sie in die VR China einreisen wollte, von den chinesischen Behörden die Einreise verweigert, weil sie als Falungong-Anhängerin identifiziert worden war. Nach einem weiteren fehlgeschlagenen Versuch im Mai reiste die inzwischen im fünften Monat schwangere Frau Ende Juni erneut nach Hongkong, um dort die Einreise zu beantragen. Als ein Visum von den dortigen Behörden abgelehnt wurde, weil die Frau nicht über die nötigen Dokumente verfügte, trat diese in Hungerstreik. Der Hongkonger *High Court* verfügte daraufhin, dass in diesem Ausnahmefall auf Grund der Schwangerschaft der Frau die zuständigen Behörden befugt seien, die Frau in ein Krankenhaus einzuliefern und gegebenenfalls zwangszu ernähren, da sonst das Leben des Ungeborenen gefährdet werden könnte. Die Frau gab daraufhin ihren Hungerstreik auf und verließ am 8. Juli Hongkong. Bereits zwei Tage später reiste sie jedoch erneut nach Hongkong ein, um nach wenigen Stunden nach Taipei eskortiert zu werden. Seit ihrem fünften Versuch am 23. Juli, nach Hongkong einzureisen, wird sie von den Einwanderungsbehörden festgehalten; die Frau soll angedroht haben, diesmal ihrer Ausweisung unerbittlichen Widerstand entgegenzusetzen, zumal ihre US-amerikanische Aufenthaltserlaubnis abgelaufen und von den dortigen Behörden nicht mehr erneuert worden sei (SCMP, 7., 8., 11., 24., 31.7.00; Hong Kong iMail (Internetausgabe), 3., 11.7.00).

Der heikle Fall hat die Hongkonger Regierung in starke Verlegenheit gebracht. Während das Verhalten der Einwanderungsbehörden und des *High Court* in der Öffentlichkeit aus rechtlichen Gesichtspunkten weitgehend als angemessen betrachtet wird, steht die Regierung unter wachsendem Druck internationaler Organisationen, die ihr ein menschenrechtsverachtendes Verhalten im Umgang mit einer in Not befindlichen Falungong-Anhängerin und damit implizit politische Hörigkeit gegenüber Beijing vorwerfen.

(Anmerkung der Autorin: Es ist abzusehen, dass die Proteste von Falungong-Anhängern sowie die staatlichen Gegenmaßnahmen auch ein Jahr nach dem Verbot der Falungong-Bewegung nicht abreißen werden. Da die Meldungen sich in ihrem Grund-

muster jedoch von Monat zu Monat wiederholen - Proteste und Festnahmen auf dem Tiananmen-Platz in Beijing, Verhaftungen und Urteile landesweit, offizielle Medienkampagnen und diplomatische Verwicklungen mit dem Ausland auf Grund der internationalen Dimension der Falungong-Bewegung -, wird in den weiteren Ausgaben von *China aktuell* auf eine monatliche Berichterstattung verzichtet, sofern sich nicht unvorhergesehene Veränderungen dieses Grundmusters ergeben.) -hol-

12 Publikationsverbot für Sozialwissenschaftlerin - neue Anti-Liberalisierungswelle?

Nachdem im April dieses Jahres vier hochrangige Sozialwissenschaftler der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften wegen Verwestlichung und Liberalisierung kritisiert worden sind (vgl. C.a., 2000/4, Ü 13), hat im Juli ein weiterer Fall für internationales Aufsehen gesorgt. Die bekannte Sozialwissenschaftlerin und Journalistin He Qinglian erfuhr nach ihrer Rückkehr von einer Reise in die USA in ihren Wohnort Shenzhen, dass sie innerhalb des Verlags der *Shenzhen Legal Daily (Shenzhen Fazhi Bao)*, wo sie bisher als Journalistin tätig war, degradiert und mit einem Publikationsverbot belegt worden ist. Wie sie selbst in Interviews mit ausländischen Korrespondenten geschildert hat, wurden die Maßnahmen gegen sie, hinter denen sie Kräfte innerhalb der Parteiführung vermutet, auf informelle und anonyme Weise eingeleitet. Die Anweisungen an ihre Vorgesetzten seien ausschließlich mündlich gegeben und jegliche schriftliche Fixierung vermieden worden, um Menschenrechtsgruppen und sonstigen potenziellen Kritikern keine Evidenz an die Hand zu geben (IHT, 14., 21.7.00; FT, 17.7.00).

Das Publikationsverbot wird als Reaktion der parteistaatlichen Führung auf einen Artikel mit dem Titel „Gesamtanalyse des Wandels der Gesellschaftsstrukturen im gegenwärtigen China“ betrachtet, den He Qinglian im März in der Hunaner Zeitschrift *Shushi* veröffentlicht hat (in gekürzter Fassung abgedruckt in ZM, 2000/8, S.34-42). In diesem Artikel übte die Auto-

rin scharfe Kritik an dem Phänomen wachsender sozialer Ungleichheiten innerhalb der chinesischen Gesellschaft, das sie mit offiziellem statistischen Datenmaterial belegte. Im Zuge der Kommerzialisierung und Privatisierung der Wirtschaft habe sich eine kleine Gruppe politischer und ökonomischer Eliten herausgebildet, die mittels korrupter Praktiken die ehemals staatlichen Vermögenswerte der sozialistischen Wirtschaft für sich okkupiert hätten. So würde inzwischen ein Prozent der Bevölkerung 60% der Vermögenswerte des Landes kontrollieren. Während die neuen „Potentaten“ sich zunehmend bereicherten, würden die breiten Massen der städtischen und ländlichen Arbeitskräfte immer weiter „marginalisiert“ und durch Arbeitslosigkeit an den Rand ihrer Existenz gedrängt. Die staatliche Politik trage dieser Schieflage nicht Rechnung, sondern bevorzuge vielmehr die ohnehin privilegierte Minderheit.

Damit bewege sich China nach Ansicht He Qinglians auf dem Pfad der „Latinisierung“: Wie in der Vergangenheit in vielen Staaten Lateinamerikas zu beobachten gewesen sei, käme es nun auch in China zur Herausbildung einiger weniger Mega-Städte, während die landwirtschaftlichen Strukturen zerfielen; es habe eine starke Landflucht eingesetzt; die migrierende Bevölkerung bilde in den Städten ein wachsendes kriminelles Potenzial; schließlich grassierten Schattenwirtschaft und Korruption in einem Ausmaß, dem die staatliche Politik mit Mitteln des Rechts nicht mehr beikomme. Dominiere gegenwärtig eine kleine Minderheit politischer und ökonomischer Eliten die Wirtschaft des Landes, so werde nach dem WTO-Beitritt Chinas noch das Auslandskapital als dritter elitärer Akteur hinzutreten.

Die bestehenden Missstände könnten nur durch die Einführung politischer Freiheiten mit dem Ziel der Schaffung einer wahren Demokratie beseitigt werden. Insbesondere das Recht zur freien Meinungsäußerung und die Medienfreiheit seien wichtige Korrektive, um die Korruption zu unterbinden (ebenda; vgl. auch Kommentar S.28/29).

So scharf die Kritik an der wachsenden sozialen Ungleichheit und der gras-

sierenden Korruption klingt, erscheint sie keineswegs neu. Nicht nur haben seit Mitte der achtziger Jahre zahlreiche Sozialwissenschaftler inhaltlich und konzeptionell ähnliche Publikationen vorgelegt, sondern auch die parteistaatlichen Instanzen selbst üben inzwischen regelmäßig Kritik an diesen Missständen. Als wirklich kritisch ist in erster Linie nur der explizite Vorwurf an die staatliche Politik zu verstehen, nicht effektiv gegen diese Übel vorzugehen. Auch das Szenario des lateinamerikanischen Entwicklungspfad dürfte angesichts verbreiteter Empfindlichkeiten gegenüber dem eigenen Entwicklungsland-Status einigen Zündstoff bergen.

He Qinglian hatte bereits im Jahr 1998 eine ähnlich kritische Publikation vorgelegt. In ihrem damaligen Buch mit dem Titel *Die Fallen der Modernisierung (Xiandaihua de xianjing)* hatte sie ebenfalls die wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen beschrieben, die aus dem Missbrauch von Ressourcenverfügungsgewalten durch eine mächtige Minderheit resultierten. Trotz seines kritischen Tons war das Buch damals nicht verboten, sondern vielmehr von einem Berater Jiang Zemin als „Meisterstück“ wissenschaftlich unterfütterter Reportage über die aktuellen Probleme des Landes gerühmt und gefördert worden. Allerdings soll ihr wenige Zeit später nahegelegt worden sein, ihren Aufenthaltsort nach Hongkong zu verlegen, von wo aus ihre Publikationstätigkeit als weniger provokant empfunden würde (IHT, 14.7.00; ZM, 2000/8, S.28).

He Qinglian wiederholte in den Interviews mehrmals, dass sie seit längerem mit Repressalien gegen sie gerechnet habe und von den jetzt gegen sie ergriffenen Maßnahmen keineswegs eingeschüchtert sei. Auch in Zukunft werde sie in ihren Bemühungen um die Zukunft ihres Landes nicht nachlassen und gegebenenfalls im Ausland Publikationskanäle suchen, wenn diese im Inland versperrt blieben. He Qinglian nimmt damit den typischen Habitus des „integren Beamten“ des kaiserlichen China ein, der unter Aufopferung seiner persönlichen Interessen und Freiheiten für die Sache des Volkes dem Herrscher kritisch entgegentritt.

Seit dem Vorfall mehren sich die Befürchtungen, dass in China eine neue Anti-Liberalisierungs-Welle bevorstehen könnte. Liu Binyan, der in den USA lebende Veteran chinesischer Regimekritiker, sprach in Anlehnung an die Verfolgung „rechter“ bürgerlicher Elemente Ende der fünfziger Jahre gar von einer „neuen Anti-Rechts-Kampagne“ (ZM, 2000/8, S.30/31). Von einer richtiggehenden Kampagne zu sprechen, scheint aber angesichts der nur punktuell und informell eingesetzten Repressalien zu weit gegriffen. Dennoch ist davon auszugehen, dass die jüngsten Maßnahmen das akademische und journalistische Klima beeinträchtigen und Praktiken der Selbstzensur fördern dürften. Wie die Hongkonger *South China Morning Post* aus informierten Beijinger Kreisen erfahren haben will, gehen die jüngsten Attacken auf einen konservativen Kreis um den Parteiveteranen Deng Liqun zurück. Ihr Ziel seien nicht in erster Linie liberale Akademiker, sondern die Parteiführung unter Jiang Zemin selbst. Diesem werde vorgeworfen, „quasi-kapitalistische“ Werte zu propagieren und damit das sozialistische System zu untergraben (SCMP, 20.11.00).

Unterdessen hat sich allerdings der im April kritisierte und aus der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften ausgeschlossene Li Shen zhi wieder zu Wort gemeldet. In einem Artikel, der bislang in keiner Zeitschrift veröffentlicht, aber auf mehreren liberalen Websites im Internet zirkuliert sein soll, antwortete er auf die offiziellen Angriffe gegen ihn mit einer Gegenkritik. Dort argumentierte er, dass die politische Kultur in China nach wie vor von den Traditionen despotischer Herrschaft der Vergangenheit geprägt sei. Festverwurzelte konfuzianische Werte, die Bereitschaft der Bevölkerung, ihren Status als „Untertanen“ der „kaiserlichen Herrscher“ hinzunehmen, eine hochgradig zentralisierte Bürokratie sowie ein effektives System der Gedankenkontrolle trügen dazu bei, die Tradition des Despotismus fortzusetzen. Beendet werden könne diese Situation nur durch eine grundlegende Reform des politischen Systems und seiner Institutionen sowie durch eine „aufklärerische Erziehung“ (ebenda). -hol-

13 Ausdehnung der Direktwahlen auf Gemeindeebene?

Anlässlich eines Besuchs Wei Jianxings, des Leiters der Disziplinungskontrollkommission der Partei, Anfang Juli in Tianjin, wurden tentative Pläne der Beijinger Führung bekannt, lokale Experimente zur Einführung von Direktwahlen für die Verwaltungsleitung in ländlichen Gemeinden und Marktflecken (*xiangzhen*) auszudehnen. Ziel der Einführung demokratischer Elemente auf dieser Ebene sei es, die Transparenz der lokalen Regierungsarbeit zu erhöhen und das Verhalten lokaler Funktionäre zu disziplinieren, denen eine wachsende Neigung zu Amtsmissbrauch und Korruption nachgesagt wird (XNA, 5.7.00; SCMP, 6.7.00).

Direktwahlen waren seit Mitte der achtziger Jahre auf der Ebene der dörflichen Verwaltung eingeführt worden. 1997 hatte Jiang Zemin vage erklärt, dass in Zukunft zu erwägen sei, auch auf Gemeindeebene Direktwahlen abzuhalten. Anfang 1999 wurden in einer Gemeinde der Provinz Sichuan zum ersten Mal geheime Konkurrenzahlen zum Gemeindevorsteher durchgeführt, die allerdings Gegenstand kontroverser juristischer Einschätzung waren und lange Zeit keine formelle Billigung von der Provinz- und Zentralregierung erhielten (C.a., 1999/1, Ü 13, 1999/3, Ü 10).

Seither schwebt das Thema in einer rechtlichen Grauzone. Hatte ein Berater Jiang Zemins 1998 vorgeschlagen, bis zum Jahr 2003 landesweit Direktwahlen auf Gemeindeebene einzuführen, so soll Jiang diesen Vorschlag wieder fallen gelassen haben. Dennoch sehe er angesichts des bevorstehenden WTO-Beitritts Chinas einen erhöhten Bedarf an lokalen Verwaltungsreformen. Demokratische Wahlen auf Gemeindeebene könnten dazu verhelfen, die Transparenz der Regierungsarbeit zu erhöhen und die gesellschaftliche Stabilität an der ländlichen Basis zu sichern (SCMP, 6.7.00; vgl. auch C.a., 2000/5, Ü 16).

Im Hintergrund des jüngsten Vorstoßes Wei Jianxings könnten lokale Erfahrungen mit dem System direkter Konkurrenzahlen in der Provinz Anhui stehen, von denen im selben Zeitraum in der Provinzzeitung berich-

tet wurde. So hatte die Regierung der Gemeinde Yangtuan im Kreis Lingbi kürzlich gegen das „Gesetz über die dörfliche Selbstverwaltung“ verstoßen, welches die Direktwahlen auf Dorfebene regelt, als es den Dorfvorsteher eines Dorfes unter seiner Jurisdiktion wegen Nachlässigkeit seines Amtes enthob. Einige Dorfbewohner erhoben daraufhin bei der übergeordneten Behörde Klage, da das betreffende Gesetz vorschreibe, dass nur die Dorfversammlung die Autorität besitze, den Dorfvorsteher seines Amtes zu entheben.

Auch andernorts würden sich in letzter Zeit Widersprüche im Bereich der dörflichen Selbstverwaltung häufen. Konflikte gebe es etwa zwischen den Parteizellen auf Dorfebene und den Dorfkomitees, da erstere häufig ihre Kompetenzen überschreiten würden; ferner zwischen verschiedenen Fraktionen der Bevölkerung einzelner Dörfer, die auf Grund religiös bedingter und anderer Interessenkonflikte die ordentliche Durchführung von Dorfwahlen und lokaler Selbstverwaltung untergraben. Widersprüche gebe es aber vor allem zwischen Gemeinde-regierungen und Dorfkomitees; viele Gemeindefunktionäre würden auf die schlechten „demokratischen Qualitäten“ der dörflichen Bevölkerung herabsehen und hielten einige Dörfer als „nicht länger regierbar“. Dieser negativen Entwicklung müsse durch eine Stärkung der Kultur demokratischer Partizipation an der ländlichen Basis und einen koordinierten Ausbau demokratischer Verfahren Einhalt geboten werden. Die lokale Selbstverwaltung sei nicht nur eine wichtige Antriebskraft für wirtschaftliche Entwicklung und sozialen Fortschritt, sondern sie habe sich auch als positiver Faktor für die Wahrung der gesellschaftlichen Stabilität auf dem Land erwiesen. Dorfbewohner würden erheblich seltener als früher bei übergeordneten Stellen Beschwerde erheben und sich stattdessen häufiger für die Lösung anstehender Probleme auf lokaler Ebene einsetzen (*Anhui Ribao*, 7.7.00, nach SWB, 25.7.00).

Dass es zwischen den gesetzlich gesicherten Autonomieansprüchen auf dörflicher Ebene und den Kontrollansprüchen der übergeordneten Instanzen innerhalb der administrativen Hierarchie zu Widersprüchen kommt,

ist nahe liegend. Es ist allerdings fraglich, ob die jüngst wiederholten Forderungen zur Ausdehnung von Direktwahlen auf Gemeindeebene in absehbarer Zeit verwirklichtbar sind und damit eine Aussicht auf die Lösung dieser Widersprüche besteht. Vieles spricht dafür, dass die Führung vorzieht, sich weiter auf der Basis lokaler Experimente vorzutasten, als grundlegende konstitutionelle Schritte in die Wege zu leiten. -hol-

14 Mehrjährige Freiheitsstrafen für zwei Mitglieder der zerschlagenen Demokratischen Partei

Nach Angaben des Hong Kong Information Centre for Human Rights and Democratic Movement in China sind Anfang Juli zwei Mitglieder der im Sommer 1998 gegründeten und seit Ende 1998 verbotenen Demokratischen Partei Chinas zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden.

Ein Gericht in Wuhan, Provinz Hubei, befand Chen Zhonghe, den Gründer des Hubeier Provinzzweiges der Demokratischen Partei, und Xiao Shichang, den Leiter des dortigen Parteibüros, für schuldig, Versuche zum Sturz der Herrschaft der Kommunistischen Partei unternommen zu haben. Die beiden ehemaligen Arbeiter einer Wuhaner Stahlfabrik wurden zu sieben bzw. fünfeinhalb Jahren Haft verurteilt. Sie waren im August 1999 verhaftet und im April dieses Jahres vor Gericht gestellt worden.

Seit Dezember 1998 sind mindestens 25 Mitglieder der Demokratischen Partei wegen umstürzlerischer Aktivitäten zu zumeist mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt worden. Ihre Familien sind teilweise ins Ausland geflohen, wo sie den Schutz demokratischer Organisationen innerhalb der chinesischen Diaspora suchen (Hong Kong Information Centre for Human Rights and Democratic Movement in China, 7.7.00, nach SWB, 10.7.00). -hol-

15 Hinrichtung dreier uighurischer Separatisten in Xinjiang

Anfang Juli sind in Urumqi, der Hauptstadt der Autonomen Region Xinjiang, drei uighurische Separatisten hingerichtet worden. Sie wurden vom Volksgerichtshof der Stadt wegen versuchter „Spaltung des Landes“ verurteilt und am selben Tag exekutiert.

Die drei waren für schuldig befunden worden, an der Gründung einer Hisbollah-Gruppe beteiligt gewesen zu sein, die sich separatistische Terrorakte auf ihre Fahnen geschrieben habe. Die Gruppe soll mindestens zwei Personen ermordet sowie mehrere Bombenanschläge geplant haben. Einer der Verurteilten war laut offiziellen Angaben im Herbst 1997 in Xi'an mit vier Tonnen Chemikalien gefasst worden, die als Ausgangsstoff für die Herstellung von Bomben hätten dienen sollen (Zhongguo Xinwen She, 7.7.00, nach SWB, 10.7.00; SCMP, 13.7.00).

Wie ein Kommentator der *Neuen Züricher Zeitung* bemerkt, würde die staatliche Führung in Beijing übermäßig betonen, dass es sich bei den Separatisten um Angehörige „reaktionärer muslimischer Organisationen“ handle. Auch wenn die meisten Militanten säkulare Motive verfolgten, würde der Aspekt muslimischen Fundamentalismus in den Vordergrund gestellt, vermutlich mit dem Ziel, latente antimuslimische Vorurteile im Westen zu schüren (NZZ, 13.7.00).

Erst im Juni waren fünf Separatisten hingerichtet worden, nachdem sie der Landesspaltung, des illegalen Waffenschmuggels und des Mordes für schuldig befunden worden waren (vgl. C.a., 2000/6, Ü 17). -hol-

16 Gewaltsame Proteste in Dürregebieten in Nordostchina

Im Verwaltungsbezirk der Stadt Anqiu in der nordöstlichen Provinz Shandong ist es im Juli zu Unruhen und gewaltsamen Ausschreitungen von Dorfbewohnern gegen die Regierung der Stadt gekommen (Hong Kong Information Centre for Human Rights and Democratic Movement in China, 7.7.00; *Sing Tao Jih Pao*, 16.7.00, nach SWB, 19.7.00).

Anlass für die Unruhen soll die Ankündigung von Reparaturmaßnahmen an einem in den sechziger Jahren gebauten Staudamm gewesen sein, die bei den Bauern Befürchtungen aufkommen ließ, dass durch die Maßnahmen die ohnehin knappen Wasserressourcen des Gebiets noch weiter verknappert würden. Nach Angaben eines Sprechers der lokalen Propagandabehörde der Partei hätten sich die Bauern bisher des durch Risse in der Dammmauer aussickernden Wassers zur Bewässerung ihrer Felder bedient und die Reparaturmaßnahmen daher zu verhindern versucht. Nach einer anderen Darstellung wandten sich die Dorfbewohner gegen eine Einschränkung der Trinkwasserversorgung und eine Erhöhung der Wasserpreise.

Die Zahlenangaben über die an den Unruhen Beteiligten schwankten stark. Nach offizieller Auskunft sollen sich knapp 1.000 Dorfbewohner an den Protesten beteiligt haben, darunter einige „Hooligans“, die die gewaltsamen Ausschreitungen provoziert hätten. Nach Angaben des Hongkonger Information Centre for Human Rights and Democratic Movement in China seien über 5.000 Dorfbewohner mit 300 Sicherheitskräften zusammengestoßen; bei den Auseinandersetzungen seien über 100 Protestierende und über 40 Sicherheitskräfte verletzt worden; ein Polizist habe dabei tödliche Verletzungen davongetragen; 20 Personen seien festgenommen worden. Das Informationszentrum gibt weiter an, dass im Jahr 1998 in China landesweit 60.000 größere Demonstrationen verzeichnet worden seien. Im Jahr 1999 sei die Zahl auf 100.000 angestiegen (ebenda). -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

17 Verstärkte Förderung der Genforschung

Nachdem Ende Juni 2000 sechs Länder bekannt gegeben hatten, dass die Entzifferung des menschlichen GenCodes im Wesentlichen abgeschlossen sei, sonnt sich China als eines der sechs Länder - neben USA, Britanni-

en, Japan, Frankreich und Deutschland - in dem Erfolg, als einziges Entwicklungsland mit dabei gewesen zu sein. Am wichtigsten Forschungszentrum Chinas für Genforschung, dem Genetik-Institut der Akademie der Wissenschaften in Beijing, wurden die beteiligten Wissenschaftler, darunter der Leiter des Human Genome Project Prof. Yang Huanming und der Forscher Zhang Meng sowie eine Reihe weiterer Wissenschaftler in einer Feierstunde geehrt. China hat zwar nur ein Prozent des menschlichen Genoms entschlüsselt, doch die Bedeutung dieses einen Prozents ist laut Prof. Yang sehr groß. Die chinesischen Wissenschaftler beendeten ihre Arbeit an dem einen Prozent bereits vor dem Zeitplan im April dieses Jahres. (XNA, 1., 4.7.00)

Die Biotechnologie gilt in China neben der Informationstechnologie, der Weltraumforschung, neuen Energiequellen und neuen Materialien als eine der vielversprechendsten Zukunftstechnologien. Doch im Gegensatz zu den meisten anderen neuen Technologien hat China in der Biotechnologie eine durchaus eigenständige Entwicklung vorzuweisen. Auf diesem Gebiet, so erläuterte Prof. Yang, werde man nicht dem Beispiel der Informationstechnologie folgen, in der China nicht über die Schlüsseltechnologie verfüge und vom Ausland abhängig sei. Durch die Teilnahme am Human Genome Project habe China sein Wissen, seine Ressourcen und Techniken mit anderen Ländern geteilt. Zugleich habe es eine vollständige Technologie zur Gen-Sequenzierung aufgebaut und eine Gruppe hervorragender Forscher auf diesem Gebiet ausgebildet. Damit habe es seine Kapazität zur Sequenzierung des Genoms zur viertstärksten in der Welt nach derjenigen der USA, Britanniens und Japans ausgebaut. (Ebd.)

China fördert die Biotechnologie nicht nur zur Steigerung seines Ansehens als Wissenschaftsnation. Vielmehr hat die Gentechnik auch handfeste praktische Bedeutung, die für China vorrangig auf ernährungswissenschaftlichem Gebiet liegt. So wurden kürzlich zwei Projekte in Angriff genommen, die mit Nachdruck verfolgt werden sollen: auf pflanzlichem Gebiet die Züchtung einer Super-Reissorte,